

Vereitelte Chancen. Nachdenken über die „doppelte Staatsgründung“ 1949 und die Abwicklung der DDR 1989/90.

Dreißig Jahre nach dem Auftakt zum Ende der DDR überwiegen in der Mainstream-Rückschau jene Beiträge, die sich allein auf den 9. November 1989 mit der Öffnung der DDR-Grenze beziehen und damit suggerieren, es sei stets nur um die Einheit der Deutschen bzw. die Abschaffung der DDR gegangen. Dass es einen Aufbruch im Herbst 1989 gab, der einen Neubeginn in der DDR und nicht ihre Preisgabe forderte, wird gröblich vernachlässigt.

So viel Schwarzweißmalerei musste zum Einspruch auffordern. Und so führten die „Helle Panke“ (Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin), das Zeitgeschichtliche Archiv Berlin-Marzahn und der Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung am 30. Jahrestag der Großdemonstration auf dem Alexanderplatz eine ganztägige Konferenz unter dem Thema „2 Mal Deutschland. Soziale Politik in zwei deutschen Staaten“ im „KulturGut“ Marzahn durch, um sich den Herausforderungen, Gemeinsamkeiten, getrennten Wegen und den Schlussfolgerungen für unsere Zeit zu widmen. Stefan Bollinger erinnerte die rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an die Initiativen für einen erneuerten Sozialismus in den Anfangstagen der Transformation, an die Entstehung von zwei deutschen Staaten als Antworten auf den besiegten Faschismus und an den entbrannten Kalten Krieg sowie an die Notwendigkeit einer demokratisierten, friedlichen und solidarischen, auch sozialistischen Welt. In ihrem Grußwort betonte die Marzahn-Hellersdorfer Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle den Charakter der Demonstration am 4.11.1989 als des Höhepunktes einer Bewegung für eine erneuerte DDR. Die Maueröffnung am 9. November hingegen habe dem Kapitalismus den Weg geöffnet, fortan habe sich gezeigt, dass die Brüche in den Biographien selten ohne Narben verliefen. „Es scheint, als sei man ausgereist, ohne die DDR verlassen zu haben“, fügte sie an. Auch der Bezirk sei zwar bunter, aber deutlich sozial ungleicher geworden.

Dass die doppelte „Staatsgründung auf Trümmern“ vollzogen wurde, thematisierte der erste Themenblock, eingeleitet von Reiner Zilkenat. Den Historiker Wolfgang Benz zitierte er mit dessen Feststellung, dass nicht die UdSSR verantwortlich für die Teilung Deutschlands gewesen sei, sondern die von langer Hand vorbereitete Währungsreform der Alliierten vom 20. Juni 1948. Überhaupt kratzte er kräftig an der offiziellen Lesart von „Gut“ (USA) und „Böse“ (UdSSR), übrigens mit einem Zitat von John F.

Kennedy. Stefan Bollinger merkte zur Sozialpolitik in der DDR an, dass sie an den Primärbedürfnissen der Menschen (Nahrung, Kleidung, Wohnung, Arbeit, Bildung) angesetzt und ihre Ziele aus der antifaschistischen Verarbeitung von Krieg und Untergang bezogen habe, dennoch die DDR nicht langfristig stabilisieren konnte. Viele DDR-Bürger hätten 1989/90 aber die Erwartung gehabt, dass die sozialpolitischen Errungenschaften der DDR in den Vereinigungsprozess einfließen würden, aber der Wegfall des realen Sozialismus habe den Kapitalismus von sozialer Verantwortung befreit. Darin lag eine der vereitelten Chancen der Einheit.

Doch bleibt die DDR eine Fußnote der Geschichte? Dieser Frage stellten sich auf dem von Karlen Vesper moderierten Podium Günter Benser und Jürgen Hofmann, Die lebhafte Debatte kann an zwei Zitaten verdeutlicht werden: „Das Erbe der DDR ist nach 1990 mit vereinnahmt worden. Darüber zu reden heiße Dialog“, meinte Jürgen Hofmann. Und Günter Benser setzte hinzu: „Solange unter „deutsch“ nur bundesdeutsch verstanden wird, ist es um die deutsche Einheit nicht gut bestellt“. Beide Aussagen erhielten lauten Applaus.

Klaus Steinitz rief dann die gegenüber den Westzonen bzw. der BRD ökonomisch erheblich ungünstigeren Voraussetzungen der SBZ/DDR ins Gedächtnis. Der Westen habe dem Osten 95% der Reparationen für die UdSSR überlassen, ein Aderlass für die ökonomische Basis. Ein künftiges Sozialstaatsmodell müsse folgende Lehren berücksichtigen: 1. Frieden, soziale Sicherheit, Entprivilegierung, mehr Rechte und mehr Gleichheit in jeder Hinsicht, 2. Neujustierung der Planung und der Demokratie zugunsten der Demokratie, und 3. Flexibilität und Offenheit bei ungelösten Fragen wie der Gestaltung der Eigentumsverhältnisse, der Methodik des Wirtschaftens und bei Entscheidungsprozessen. Lutz Brangsch ging auf grundsätzliche Fragen der Rolle des Einzelbetriebs in den sozialistischen Volkswirtschaften ein und empfahl auch hier eine stärkere Demokratisierung und Motivierung. Herbert Hörz sprach zur Umweltpolitik in der DDR und erwähnte die neu zu bedenkenden Beziehungen von Ökonomie und Ökologie in Zeiten der Klimakrise. Christa Luft, die Wirtschaftsministerin im Kabinett Modrow, stellte klar: „Grund und Boden waren in der DDR kein Spekulationsobjekt!“. Als vereitelte Chance zur Erneuerung der DDR sah sie das beherrschende und arrogante Auftreten der Regierung Kohl der Regierung Modrow gegenüber.

Die „Soziale Marktwirtschaft“ in der BRD war keine Gabe des guten Willens der Westalliierten, sondern musste von der westdeutschen Arbeiterbewegung erkämpft werden. Frank Deppe gab einen Überblick über die Periode zwischen dem antifaschistisch-demokratischen Aufbruch 1945 und der Restauration der Ära Adenauer. Über die politische Kultur in den sechziger Jahren in der BRD bemerkte er als persönliche Erfahrung in Frankfurt/M., dass dort skandiert wurde: „Freiheit für Berlin und für Adolf Eichmann!“ Die Kämpfe der Arbeiterbewegung hätten das Grundgesetz und die Gesellschaft der BRD gegen die Restauration offengehalten. Holger Czitrich-Stahl erläuterte dies an der Begriffsgeschichte der „Sozialen Marktwirtschaft“. Nicht Ludwig Erhard sei ihr Vater gewesen, sondern die Arbeiterbewegung in der „Bizone“: Während Erhard einen ungezügelten Kapitalismus wollte, zwangen ihn die Proteste der Gewerkschaften und der Generalstreik vom 12. November 1948 zu erheblichen Konzessionen an die Arbeiterschaft und öffneten den Diskurs für das, was eigentlich die soziale Marktwirtschaft ausmachte, einen sozialpolitisch gezügelten Kapitalismus. Thomas Goes beleuchtete die Arbeit der IG Metall über die Jahrzehnte hinweg und bilanzierte, dass die betriebliche Interessenvertretung nach 1975 immer stärker durch eine Strategie des Co-Managements ersetzt wurde. In der Debatte wurde an Erfolge der Gewerkschaften (Montanmitbestimmung, Lohnfortzahlung) ebenso erinnert wie an ihre Niederlagen (Betriebsverfassungsgesetz, de-facto-Verbot politischer Streiks). Vor der Schlussrunde zum „Fall des Realsozialismus 1989/90“ wies Jörg Roesler nach, dass die DDR bis in die achtziger Jahre den Produktivitätsrückstand zur BRD, auch mit Mitteln des technologischen Fortschritts, verringerte. Betrug die Produktivität in der DDR 1949 noch 39% verglichen mit der BRD, so 1985 immerhin 56%. Aktuell seien es 63% im Verhältnis der „neuen“ zu den „alten“ Bundesländern. Fehler seien in der Ära Honecker gemacht worden. Christa Luft blickte auf die Initiativen der Modrow-Regierung zum Erhalt der DDR-Potenziale zurück und kritisierte rückblickend: „Der Westen verhinderte einen gemeinsamen Neuanfang“. Die Erfahrungen der DDR-Gesellschaft, die eines Neuanfangs würdig gewesen waren, wurden im Podiumsgespräch aufgezählt. „Der eigentliche Teil der Revolution steht noch aus“. Diesen Satz von Pfr. Christian Führer stellte Daniela Dahn als Motto über ihre Ausführungen zum Verlauf der sog. „friedlichen Revolution“, von der sich die erste Welle im Herbst 1989 eine erneuerte DDR erwartet

habe. Diese Erneuerung stehe nun für das gesamte Land an, sei aber schwieriger geworden. Michael Thomas regte an, „reale Utopien“ (Eric Olin Wright) zu entwickeln und zu verfolgen. Michael Klundt forderte, die noch offenen Alternativentwürfe aus der DDR nicht zu vergessen und sich kulturell nicht enteignen zu lassen. Gerd Wiegel rekonstruierte, weshalb rechtspopulistische und rechtsradikale Positionen im Gefolge dieser Form der vollzogenen Einverleibung der DDR an Gewicht bekommen konnten. Auch dies sei das Resultat einer Politik, die eine halbwegs gleichberechtigte Vereinigung vom Westen her verweigert habe.

Insgesamt machte diese gelungene, aber zu dicht „bepackte“ Konferenz deutlich, dass Alternativen aus der Wendezeit bewusst und um den Preis gebrochener Biografien und kollektiver Rückschläge vereitelt wurden. Dass sie noch in den Köpfen sind und für viele offene Fragen an-regend sein könnten, wurde mehr als deutlich.

Holger Czitrich-Stahl

Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Nr. 57, S. 31ff